

Stellungnahme der SPD Alsbach-Hähnlein zum kommunalen Haushalt 2020

Besondere Zeiten sind das. Eine Pandemie-Krise fordert das ganze Land auf allen Ebenen heraus. Regierungen, Verwaltungen, Parteien, Unternehmen, die ganze Gesellschaft müssen ungewohnte Herausforderungen bewältigen.

In unserer Kommune kommt erschwerend hinzu, dass wir **in diesem Jahr besonders spät** über unseren Haushalt entscheiden. Umso wichtiger, dass wir ihn jetzt auf den Weg bringen, damit die Gemeinde handlungsfähig ist. Stellen müssen besetzt, Aufträge zum baulichen Erhalt unserer Infrastruktur gegeben werden und unsere großen Projekte dürfen nicht ausgebremst werden, soweit das unter den aktuellen Umständen möglich ist. **Deshalb werden wir diesem Haushalt zustimmen, auch wenn wir nicht mit allem im Detail einverstanden sind.**

Besonders sind nun ebenfalls die **Umstände** der Verabschiedung. Zum ersten Mal gibt es keine öffentlichen Sitzungen von Haupt- und Finanzausschuss (HFS) und Gemeindevertretung, sondern die Mitglieder des HFS entscheiden abschließend in einer virtuellen Sitzung. Die Öffentlichkeit ist damit in diesem Jahr nicht herstellbar. Eine kurzfristige Änderung der Hessischen Gemeindeordnung hat das ermöglicht und wir sind überzeugt, dass es dafür auch breite Zustimmung in der Bevölkerung gibt. Die politisch Interessierten in der Gemeinde werden sich noch vor kurzem gefragt haben, unter welchen Bedingungen man wohl überhaupt teilhaben kann. Für die Beratung ist es zugegebenermaßen mühsam. Wir finden es bedauerlich, dass weder Sitzungstermin noch Unterlagen öffentlich in das Rats- und Informationssystem eingestellt werden, weil es sich um eine „nichtöffentliche“ Sitzung handelt, für die der eilig eingestellte neue Paragraph keine besondere Regelung trifft. Die Bürgerschaft ist jetzt erstmal ganz außen vor, soll aber das Protokoll erhalten. Systematisch ist das nicht überzeugend und ein Bruch mit den Regeln der Demokratie über das notwendige Maß hinaus. Zumindest neu vorgelegte Ausfertigungen zu Bauangelegenheiten sind damit nicht verhandelbar.

Wir wissen natürlich, dass im Augenblick der Abstimmung alles ganz anders ist.

Dieser Haushalt mit seinen Einnahmeprognosen, die auf den Steuerschätzungen des letzten Jahres basieren, hat in der Corona-Krise keine reale Basis mehr. Gewerbesteuererinnahmen von 3,8 Millionen Euro? Lohn- und Einkommenssteuerbeteiligung in Höhe von 7 Millionen? Wir gehen davon sicher aus, dass die Steuereinnahmen deutlich geringer ausfallen werden. Es fällt uns nicht leicht, den Haushalt grundsätzlich so abzustimmen. Aber im Moment haben wir auch keine greifbaren neuen Daten. Wir erwarten allerdings, dass im August ein **Nachtragshaushalt** aufgestellt werden wird, um die nötige Haushaltsklarheit und Haushaltswahrheit zu gewährleisten. Wir gehen davon aus, dass dann ein klareres Bild herrscht.

Und wir erwarten, dass für die geplanten Vorhaben eine **Priorisierung** vom Gemeindevorstand aufgestellt und mit der Gemeindevertretung abgestimmt wird. Der Bürgermeister hat beim Einbringen des Haushalts im Februar betont, dass dieser Haushalt von besonderer Transparenz sei, weil alle ausstehenden Vorhaben darin aufgenommen wurden und wir alle nun nachvollziehen könnten, womit die Gemeinde beschäftigt sei. Nun gilt also auch, transparent zu machen, was überhaupt noch umgesetzt werden kann und was nicht.

Es liegt weiterhin an der Gemeindevertretung, zu entscheiden, was nur noch „nice-to-have“ ist und zurückstehen muss, damit wichtige Vorhaben noch Aussicht auf Umsetzung haben. Auf der anderen Seite ist uns auch klar, dass die Kommunen im Rahmen ihrer Möglichkeiten eine Verantwortung für Kontinuität haben: Handwerker-, Bau- und Beschaffungsaufträge sind eine Grundlage der regionalen Wirtschaft und sichern auch Beschäftigung.

Die Wirtschaft, vor allem auch in unserer Kommune, braucht erkennbar viel Unterstützung. Dafür haben Bund und Land bereits große Finanzpakete auf den Weg gebracht. Dazu gehören neben breiten Kreditlinien auch umfassende Zuschüsse. Alle fahren zurzeit „auf Sicht“. Das bedeutet, dass zunächst einmal schnelle Entscheidungen getroffen werden mussten und die Wirksamkeit nun beobachtet werden kann. Sehr gut vorstellbar, dass nachgesteuert wird. Auf der anderen Seite muss man auch klar im Blick haben, dass nicht enorme Mitnahmeeffekte entstehen. Deshalb ist für die SPD ein Gewerbe-Notfallpaket von 25.000 Euro, wie es vom GVO eingebracht wurde, ausreichend. In den nächsten zwei, drei Monaten kann gut beobachtet werden, wie unsere Unternehmen zurechtkommen, wie sie die Hilfspakete nutzen können und welche weitere Unterstützung sie gegebenenfalls benötigen. Da wir einen Nachtragshaushalt haben wollen, genügt die Summe für die Anlaufzeit. Den Gemeindevorstand fordern wir auf, parallel einen Kriterienkatalog aufzustellen und mit der Gemeindevertretung abzustimmen, nachdem Zuschüsse geleistet werden. Auch hier ist Transparenz notwendig. Zuwendungen müssen auch unter dem Aspekt der Gerechtigkeit geleistet werden (können). Deshalb werden wir dem Antrag der IUHAS, gleich 250.000 Euro für das örtliche Gewerbe auszuweisen, nicht folgen. Im Sommer ist dann zu entscheiden, ob es einer Aufstockung bedarf.

Ebenso möchten wir für die nächste Zeit nicht schon eine solche enorme Summe für soziale Zwecke einstellen. Allerdings halten wir den Betrag von 25.000 Euro, die vom Gemeindevorstand vorgesehen wurden, für nicht ausreichend und wollen ihn auf 35.000 Euro erhöhen. Insbesondere mit Blick auf Meldungen stark zunehmender familiärer Gewalt in den Zeiten der Kontaktbeschränkungen möchten wir dem Gemeindevorstand ermöglichen, Ferienwohnungen anzumieten, um die heftigen Engpässe bei den Frauenhäusern des Kreises abfangen zu können, wenn es notwendig sein sollte. Auch bei Alleinerziehenden entstehen unter Umständen soziale Notlagen, die nicht allein durch SGB II- Leistungen abgefangen werden können. Hier rächt sich, dass die Mehrheit der Gemeindevertretung keine besonderen Angebote für Alleinerziehende diskutieren wollte, obwohl der Kinderarmutsbericht des Kreises klare Handlungsnotwendigkeiten aufgezeigt hatte. Zumindest in der Aufbauarbeit eines Unterstützungsnetzwerks wären wir schon deutlich weiter.

Für die **Sicherung guter Kinderbetreuung** im hoffentlich bald wieder anlaufenden „Normalalltag“ braucht es weitere Anstrengung. Die Betreuungssituation in der Kita Arche Noah im letzten Jahr hat uns mehr als deutlich gemacht, dass unsere Anstrengungen zur Gewinnung von Erzieher*innen kreativ sein und auch die kirchlichen Einrichtungen mit im Blick haben müssen. Deshalb beantragen wir zusätzliche Mittel für die Kita Arche Noah, um dem Gemeindeübergreifenden Träger GÜT zu ermöglichen, eine befristete Stelle unbefristet auszuschreiben. Im Konkurrenzkampf der Einrichtungen untereinander hat eine unbefristete Stelle deutlichen Vorteil. Die Nichtbesetzung einer Stelle zieht konkrete Qualitätseinbußen für die Kinderbetreuung nach sich. Das finanzielle Risiko ist dagegen gering, da immer wieder Stellen innerhalb der Einrichtung frei werden. Alternativ können wir uns diese Mittel auch für die Einstellung einer Springerstelle vorstellen. Für die kommunalen Kitas kommen wir durch den bestehenden Stellenpuffer erstmal gut zurecht. Die zusätzlichen halben Stellen für Gewinnung und Bindung von Fachpersonal für die Kitas tragen wir mit, auch wenn wir nicht glauben, dass Minijobs hierfür der richtige Weg sind. In jedem Fall sind die zusätzlichen Praktikantenstellen sinnvoll.

Nicht notwendig ist aus unserer Sicht eine Ausweitung des Stellenplans für die Innere Verwaltung des Rathauses. Die zurzeit nicht besetzte halbe Stelle mit einer AG 6-Bewertung ist zunächst genügend, um administrative Unterstützung zu leisten und die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in der Sachbearbeitung von der Vorzimmervertretung zu entlasten. Dies vor

allem vor dem Hintergrund, dass auch im Bereich Zentrale Dienste Veränderungen vorgenommen werden, um die aktuellen Anforderungen der Sachbearbeitung, der Bereichs-Stellvertretung und der IT zu bewältigen. Hier sollte in jedem Falle erst einmal die vorgesehene neue Struktur eingeführt werden, bevor weitere Stellenerweiterungen vorgenommen werden. Maß und Mitte sind gefragt bei Stellenbesetzungen und den dadurch entstehenden Kosten – nach derzeitiger Planung sprechen wir nämlich insgesamt über ein Ausgabe-Plus von über 8 Prozent!

Die vorgesehenen Investitionen und baulichen Unterhaltungsarbeiten ist umfangreich. Für die SPD sind von besonderer Bedeutung:

Sportanlage Hähnlein

Die lang überfällige Sanierung des Funktionsgebäudes auf dem Hähnleiner Sportplatz muss jetzt angegangen werden. Das Gebäude ist wichtig für Sportveranstaltungen und Jugendarbeit und hat mittlerweile nicht mehr tragbare Mängel. Gegen eine weitere Verschiebung spricht auch, dass hierfür Mittel aus der Hessenkasse gebunden sind.

Erhaltung des Waagehäuschens

Nie hat die SPD sich einer neuen Nutzung des Waagehäuschens verweigert. Was uns aber ernsthaft aufbrachte, war zum einen die übers Knie gebrochene Planung von Abriss und Neubau eines gewerblichen Funktionsbaus in Glasbauweise. Zum anderen halten wir es für fahrlässig, die derzeitig scheinbar fehlenden Alternativen für die Geldversorgung in Hähnlein ohne größere Anstrengungen hinzunehmen. Wir sind sicher, dass sich noch gute Lösungen für Sparkasse und Raiffeisenbank finden lassen. Im ebenfalls heute abzustimmenden Bebauungsplan für die Hähnleiner Ortsmitte ist klargestellt, dass es sich beim Waagehäuschen um ein Kulturdenkmal handelt, das zu erhalten ist. Im Rahmen der Möglichkeiten können wir in Zukunft über eine echte Nutzung des Gebäudes nachdenken. Dies sollte mit reiflicher Überlegung geschehen, damit nicht allgemeine Sanierungskosten auflaufen, die sich im Nachhinein als überflüssig entpuppen. Dass im neuen Bebauungsplan ein Baufenster dafür eingerichtet wurde, bedeutet übrigens nicht, dass man hier etwas Neues bauen will. Schon die Herstellung eines Ringankers für ein altes Gebäude würde eine Baugenehmigungspflicht für die Maßnahme auslösen, die durch ein Baufenster über die reine Bestandserhaltung hinaus abgesichert wäre.

Kindertagesstätte der evangelischen Kirche Hähnlein

Es sollte sich mittlerweile 'rumgesprochen haben, dass wir seit der intensiven Beratung im letzten Frühsommer über eine neue Kita auf dem Schulgelände zu der Überzeugung gekommen sind, dass dies nicht der richtige Weg ist. Zuviel sprach gegen eine gemeinsame Nutzung des Schulgeländes. Der aus unserer Sicht schnellste und günstigste Weg wäre eine Erweiterung und Sanierung des Gebäudes in der Spießgasse gewesen. Das war von der deutlichen Mehrheit der Gemeindevertretung nicht gewünscht. Nachdem nun klar wird, dass es keine Kita an der Schule geben wird, ist die Suche nach Alternativorten gestartet. Bereits im letzten August hätte es hierzu los gehen können. Wie und was der Gemeindevorstand sucht, ist leider nur in Ansätzen bekannt. Bisher gibt es dazu Diskussionen im Gemeindevorstand in nichtöffentlichen Sitzungen sowie eine Information über Facebook. Im Raum stehen fünf Millionen für den Neubau Kindertagesstätte. Den wenigen Informationen zufolge soll aber auch eine zentrale Küche vorgesehen werden. Der Haushaltsposition lässt sich das nicht entnehmen – es gibt dazu ja auch keine Entscheidung der Gemeindevertretung.

Spielplätze

In den letzten Jahren war es der SPD ein besonderes Anliegen, die Spielflächen der Gemeinde weiterzuentwickeln und alte, baufällige Spielgeräte durch gute neue zu ersetzen. Mit den verschiedensten Begründungen wurden größere Investitionen verhindert. Mal hieß es, der Spielplatz (Spießgasse) werde in Zukunft verlegt. Gleichwohl wird ständig auf dem Gelände des Kindergartens gegenüber (der ja tatsächlich verlegt werden soll) erneuert. Dann hieß es, unsere Ideen seien nicht sinnvoll. Statt einer ordentlichen Beschattung (auf dem Spielplatz am Neckarbett) sollten es dann Bäume sein, deren schattenspendende Wirkung sicher wunderbar ist – in ein paar Jahren. Jetzt ist dann doch die Rede von einer zusätzlichen Beschattung.

Es gab viel Erneuerung in Alsbach auf dem Spielplatz Erpelanlage und gibt sie demnächst auch auf dem Marktplatz. Das ist gut, aber darüber dürfen die anderen Plätze nicht vergessen werden. Und schon gar nicht kann hingenommen werden, dass wochenlang im Sommer ein Hauptspielgerät wegen Baufälligkeit gesperrt ist, weil man zuvor nicht investieren wollte. Auch in Zukunft werden wir dem Handlungsfeld große Aufmerksamkeit schenken. In diesem Jahr akzeptieren wir wegen der absehbaren finanziellen Bedrängnis, dass über die Planungen des Gemeindevorstands (25.000 Euro für die bestehenden Plätze, 200.000 Euro neuer Platz am Dorfgemeinschaftshaus Hähnlein) hinaus nicht weitere Mittel zur Verfügung stehen.

Marktplatz Hähnlein

Das Thema wäre breit genug für eine eigene Stellungnahme. An dieser Stelle nur soviel: Die SPD ist erleichtert, dass es nun gelingt, eine erste Teilfläche zur gemeinschaftlichen Nutzung der Bürgerinnen und Bürger umzugestalten. Die Umsetzung ist aus unserer Sicht auch von oberer Priorität. Wenn es also darum gehen wird, Projekte zu verschieben oder gar abzuplanen, kann das keinesfalls für den Marktplatz gelten. Nachdem die SPD schon früh auf die Bürgerschaft zugegangen ist und sie für die Mitwirkung aktiviert hat, konnte auch in einem Gemeindegremium mit großer Öffentlichkeitsbeteiligung zielführend diskutiert werden. Konkrete Beschlüsse waren so möglich. Jetzt sind sie umzusetzen. Der heute vorliegende Bebauungsplan und der Investitionsplan bieten einen ordentlichen Rahmen dafür.

Erpelanlage

Doch noch ein paar Worte zur Erpelanlage in Alsbach. Die wenigen Besucher der Sitzungen von Ausschuss und Gemeindevertretung im Frühjahr 2018 haben sicher noch die Beteuerungen aller Fraktionen im Ohr, dass der gedeckelte Betrag, der aus Hessenkasse-Mitteln finanziert werden sollte, keinesfalls überschritten werden dürfe. Wir wollten damals die Deckelung besonders dokumentieren, aber alle waren sich ja so einig, dass es gar nicht vorstellbar sei, mehr auszugeben. Nun sind wir deutlich über dem angesetzten Betrag. Und ohne die vielen Bürgerspendsen sähe die Kassenlage noch schlechter aus. Nach wie vor meinen wir, man hätte etwas behutsamer agieren müssen.

Neubaugebiet Spießgasse Nord

Wie vielleicht manch eine*r noch weiß, haben wir uns erst nach feststellbarer guter Entwicklung der Wohnnutzung der Hähnleiner Immobilien-Altbestände vor 4 Jahren zu einem weiteren Wohnquartier entschieden und dann das Neubaugebiet Spießgasse Nord auf den Weg gebracht. Für uns war dabei wichtig, dass es kurze Wege für Kinderbetreuung, Nahverkehr und Naturnutzung gibt. Außerdem haben wir Vorstellungen für eine Entzerrung des Verkehrs in das neue Viertel geäußert. Jetzt stellen wir fest, dass nach vielen Monaten eine Planung vorliegt, wie sie bereits 2018 skizziert worden war. Der Kindergarten kommt dort weg und wird so voraussichtlich deutlich teurer, vor allem wird es länger dauern, bis er

nutzbar ist. Und – mal wieder werden wir unter Zugzwang gesetzt. Die ersten Unterlagen für die heute geplante Beschlussfassung standen vier Tage vor der Sitzung zur Verfügung, die letzten Unterlagen drei Stunden vor der Sitzung. So können demokratische Prozesse nicht ablaufen.

Für uns alle ist diese Situation neu. Herrn Bickhardt und Herrn Fischer von der Verwaltung danken wir für die gute Unterstützung bei unseren Haushaltsberatungen. Einige, zum Teil lange Telefonate und reges E-Mail-Hin-und-her war nötig, damit wir uns gut vorbereiten konnten. Die zügige Sicherstellung der Zugriffsmöglichkeit auf Unterlagen zum Haushalt und Kommunikationsplattform war wichtiger als sonst.

Wir wollen mit den neuen Herausforderungen gut umgehen. Wenn Sie Fragen zu unseren Positionen haben, diskutieren oder Wünsche formulieren wollen, sprechen Sie uns an! Wir können auf verschiedenen Wegen miteinander kommunizieren.

Anke Paul